

Veranstaltung Nr. 18/04/461

Islam und Judentum – Ein Dauerkonflikt?

- Zielgruppe:** russischsprachige Migrant*innen und alle Interessierten
- Termin:** Montag, 12. November 2018 – Freitag, 16. November 2018
- Tagungsort:** Villa Welschen, Am Lehmstich 15, 33813 Oerlinghausen
- Tagungsleitung:** Ulrich Brinker, Diplom Soziologe
- Tagungsgebühren:** 100,00 € für Seminarkosten, Unterkunft und Verpflegung

Inhalte:

Als Folge der Zuwanderung von Asylsuchenden und Geflüchteten aus islamischen Staaten ist das friedliche Zusammenleben von allen Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wieder neu in den Fokus geraten. Insbesondere haben Diskussionen um die Werte und Einstellungen von Muslimen aus Ländern, in denen antijüdische oder antiisraelische Haltungen weit verbreitet sind, zu einer neuen Situation in Deutschland beigetragen. Rechtsorientierte Politikerinnen und Politiker und Parteien nutzen diese Situation in ihrem Interesse. Die Veranstaltung wendet sich in besonderer Weise an Bürgerinnen und Bürger, die von antisemitischen Entwicklungen betroffen sind.

Die Veranstaltung arbeitet die historischen und aktuellen Entwicklungen in der Beziehung zwischen Juden, Christen und Muslimen auch auf dem Hintergrund der Geschichte auf.

Ziele:

Ziel des Seminars ist es, sich mit eigenen Erfahrungen und aktuellen Erkenntnissen und Fragen zum Thema Populismus, Antisemitismus und Islamphobie auseinanderzusetzen. Dazu gehören Diskurse über neue antisemitische Einstellungen, die auch durch Zuwanderung aus islamischen Staaten entstanden sind.

Der Umgang rechtspopulistischer Politiker mit der neuen Situation soll kritisch reflektiert werden.

Die Teilnehmenden sollen grundlegende islamische, jüdische und christliche Positionen in Bezug auf ein friedliches Zusammenleben kennen lernen.

Die aktive Teilhabe an gesellschaftlich-politischen Entwicklungsprozessen in der Bundesrepublik soll als Partizipationschance mitgeführt werden.

Förderung:

Für das Seminar wurde als Unterträger der AKSB eine Förderung bei der Bundeszentrale für politische Bildung beantragt.

